

# Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“



Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

**Angabepreis:** Die k. post. Millimeterzeile oder deren Raum 5 P. (Kellam 15 P.) für 140 einjährl. 20 P. Nachzahlung; Einzelnum. 10 P. Bei Nichterhalten der Zeit im. h. G. Gemalt gest. Vert. d. Reichs. Behörde kein Anspruch auf Lieferung der Zeit. / Telegr.: „Tannenbl.“ / Tel. 221.

Nummer 69 | Mittheilg. Freitag, den 22. März 1935 | 58. Jahrgang

### Der Erholungsaufenthalt des Führers in Wiesbaden

Wiesbaden, 21. März. Der Führer hat Gelegenheit genommen, einige Tage Erholungsaufenthalt in Wiesbaden zu nehmen. Das Hotel „Rose“, wo der Führer Wohnung genommen hat, liegt in voller Ruhe da. Auch in den Nachmittagsstunden wird der Wunsch des Führers nach Ruhe respektiert. Wohl warten tausende begierig darauf, den Führer zu sehen; wo er erscheint, streben sich ihm die Arme begeiftert entgegen, lärmende Kundgebungen aber unterbleiben. Den Vormittag leitete der Führer mit einem einständigen Spaziergang in den herrlichen Kurpark ein, begleitet u. a. von Herrn von Ribbentrop und dem Reichspresseschef Dr. Dietrich. Später besichtigte der Führer eingehend das Kurhaus. Nach dem Mittagessen, an dem auch der inzwischen mit Flugzeug aus Berlin eingetroffene Reichsminister Dr. Goebbels teilnahm, begab sich der Führer durch eine nach vielen tausenden zählende Menschenmenge nach dem Staatstheater, das er unter Führung von Intendant v. Schirach eingehend besichtigte. Den Abschluss des Nachmittags bildete ein Besuch des Führers auf dem Herberg, wo er die überwältigende Aussicht über die Bäderstadt hinaus, in die Rhein- und Main-Ebene genoss. Am Abend wohnte der Führer einem Beethoven-Wagner-Konzert bei.

### Weiterer Schutz der Partei-Uniformen, der Fahnen und Abzeichen

Berlin, 21. März. Am 16. März 1935 ist die 3. Verordnung zur Durchföhrung des Gesetzes gegen heimliche Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Partei-Uniformen erlassen worden. Nach ihr wird der Reichsschlagmeister der NSDAP ermächtigt, bei Zuwiderhandlungen gegen das Verbot der Herstellung und des Betriebes von parteiamtlichen Uniformen usw., die nach dem Gesetz erforderliche Zustimmung zur Herstellung zu erteilen. Für die Erteilung der Erlaubnis zur Herstellung und zum Vertrieb von parteiamtlichen Uniformen und Abzeichen erhebt der Reichsschlagmeister der NSDAP eine Gebühr. Die Verordnung bestimmt im einzelnen, welche Fahnen und Abzeichen zu den parteiamtlichen Fahnen und Abzeichen gehören. Ferner trifft die Verordnung Bestimmungen darüber, was mit den Uniformen von Mitgliedern geschieht, die aus der Partei oder ihren Gliederungen auscheiden. Innerhalb von drei Monaten nach dem Ausscheiden sind die Abzeichen sowie alle Uniformteile, die die Kennzeichen und Merkmale der Uniform darstellen, entschuldigungslos an die vorgeordnete Dienststelle des Ausscheidenden abzuliefern und die übrigen Uniformteile, die nicht schwarz oder dunkelblau sind, unzulässig. Die Ablieferung und Amtsföhrung ist nicht notwendig, wenn der Ausscheidende mit Zustimmung seiner vorgeordneten Dienststelle innerhalb von drei Monaten nach dem Ausscheiden die Abzeichen und Uniformen an zugelassene Verkaufsstellen oder an zum Tragen dertartige Uniformen und Abzeichen berechtigte Angehörige der NSDAP oder ihrer Gliederungen veräußert. Bei ehrenvollem Ausscheiden oder Ausscheiden infolge Ablebens kann die vorgeordnete Dienstbehörde dem Ausscheidenden oder dessen Erben den Besitz des Abzeichens oder der Uniform belassen. Hierbei ist eine Bescheinigung zu erteilen.

### Schwere Gasexplosion in Breslau

Breslau, 21. März. Im Keller des Hauses Olesnerstraße 12 in Breslau ereignete sich am Donnerstag früh eine starke Gasexplosion, wobei die Kellerdecke in der ganzen Ausdehnung des Gebäudes einstürzte. Die Bewohner der beiden im Erdgeschoss gelegenen Wohnungen wurden durch die Trümmer verschüttet. Die sofort alarmierte Feuerwehr befreite fünf Personen und ein Kind, die sämtlich mehr oder weniger schwere Verletzungen davongetragen haben, aus den Trümmern und brachte sie in das Krankenhaus. Eine Frau starb bald nach ihrer Einlieferung. Von den übrigen Bewohnern des Grundstückes haben einige leichtere Verletzungen davongetragen. Ein Strohpackett wurde durch umherfliegende Mauerstücke leicht verletzt. Die Entstehungursache der Katastrophe ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß durch einen Gasrohrbruch auf der Straße Gas ausgetreten ist und sich im Keller angesammelt hat.

### Beginn der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen am Samstag in Paris

Paris, 21. März. Am Samstag beginnen in Paris deutsch-französische Wirtschaftsverhandlungen, die durch den Ablauf des Verrechnungsabkommens am 31. März bedingt sind. Der Leiter der französischen Unterhändler, Ministerialdirektor Bonneson-Craponne, befindet sich zur Zeit in Rom und wird dieser Tage nach Paris zurückkehren.

## Französische und ital. Note in Berlin überreicht

Telegramm Lavals an den Völkerverbund

Berlin, 21. März. Der französische Botschafter, Francois-Poncet hat Donnerstag vormittag dem Reichsminister des Außeren, Freiherrn von Neurath aufgeleuchtet, um ihm eine Note zu überreichen, in der gegen das Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht vom 16. März 1935 protestiert wird. Der Reichsminister hat die Note entgegengenommen und den Botschafter darauf hingewiesen, daß die von der französischen Regierung gegebene Begründung für ihren Protest der tatsächlichen Lage nicht Rechnung trage und deutscherseits deshalb abgelehnt werden müßte.

### Auch die italienische Note überreicht

Berlin, 21. März. Der italienische Botschafter Cerni wurde gegen Mittag dem Reichsminister des Außeren, Freiherrn von Neurath, auf, um ihm eine Note zu überreichen, in der die italienische Regierung gegen die einseitige Abänderung des Versailleser Vertrages durch das Reichsgesetz für den Aufbau der Wehrmacht vom 16. März 1935 Einspruch erhebt.

Der Reichsminister des Außeren hat nach Entgegennahme der Note den Botschafter darauf hingewiesen, daß die dem Schritt gegebene Begründung abgelehnt werden müsse, da der Versailleser Vertrag durch die Nichterhaltung des Abrüstungsvertrages der anderen unterzeichneten Mächte von diesen nicht eingehalten worden sei.

Die Regierung der Republik hält sich für verpflichtet, schärfsten Protest gegen diese Maßnahmen zu erheben, hinsichtlich deren sie unverzüglich alle Vorbehalte macht. In dem Bewußtsein der Bemühungen, um eine Verständigung, deren sie sich unabhängig in aller Vorentscheidung und mit der höchsten Rücksichtnahme auf die deutsche Ehre gewidmet hat, um das Reich vollständig in die Organisation der europäischen Sicherheit einzugliedern, überläßt sie der deutschen Regierung die Last der Verantwortung für den in der Welt so geschaffenen Zustand der Unruhe und der hieraus resultierenden Folgen, nämlich der ungeduldeten Sachverhalte möglicherweise für die Regierungen der verschiedenen beteiligten Länder entspringenden Pflichten. Entschlossen, ihrerseits alle Mittel der internationalen Zusammenarbeit zu versuchen, die geeigneter erscheinen, diese Unruhe zu beseitigen und den Frieden Europas zu erhalten, legt sie Wert darauf, zugleich mit der Achtung vor der bindenden Kraft der Verträge ihre Entschlossenheit zu betonen, sich unter keinen Umständen in irgend welchen Verhandlungen damit abzufinden, daß einseitig in Verletzung internationaler Verpflichtungen ergriffene Maßnahmen als zu Recht bestehend anerkannt werden.

### Die italienische Note

Berlin, 21. März. Die dem Reichsaußenminister von dem italienischen Botschafter übergebene Note hat folgenden Wortlaut: Der Reichstanzler hat am 16. März dem italienischen Botschafter einen am gleichen Tage veröffentlichten Gesandtschaftsbericht mitgeteilt, aus dem hervorgeht, daß die deutsche Regierung in Deutschland den obligatorischen Heeresdienst wieder eingeföhrt und die Stärke des deutschen Heeres auf 36 Divisionen gebracht hat. Eine Woche vorher hatten die deutschen Behörden amtlich die Schaffung einer deutschen Militärleistungspflicht mitgeteilt. Die italienische Regierung hat von den in der Angelegenheit von Seiten der britischen und französischen Regierung an die deutsche Regierung gerichteten Noten Kenntnis genommen.

Die italienische Regierung kann nicht umhin festzustellen, daß sowohl in den zu Rom am 7. Januar 1935 zwischen der italienischen und der französischen Regierung abgeschlossenen Verhandlungen als auch in der am 3. Februar veröffentlichten abschließenden Mitteilung über die in London zwischen der britischen und der französischen Regierung geschlossenen Unterredungen der wesentliche Grundgedanke erneut anerkannt worden war, daß das im 3. Teil des Vertrages von Versailles festgesetzte Militärstatut nicht durch einen einseitigen Akt abgeändert werden dürfte.

Die italienische Regierung, die ihrerseits immer die Meinung vertreten hat, daß es vorteilhaft wäre, wenn der 3. Teil des Vertrages von Versailles im Wege von Verhandlungen zwischen interessierten Regierungen auf Grund der vollständigen Gleichberechtigung revidiert würde, hätte dem Grundgedanken zugestimmt, daß die Frage der deutschen Rüstungen den Gegenstand von Verhandlungen in einer allgemeinen Beratung entsprechend derjenigen hätte bilden müssen, wie sie in der Erklärung vom 11. Dezember 1932, an der Deutschland teilgenommen hat, geplant worden war.

Dieses Verfahren war im Grunde von der deutschen Regierung selbst in ihrer Mitteilung vom 14. Februar angenommen worden.

Die italienische Regierung fühlt sich daher verpflichtet, die weitestgehenden Vorbehalte hinsichtlich der Entscheidung der Reichsregierung und ihrer wahrheitsvollen Annahmen einzulegen.

Die italienische Regierung hat immer versucht, das Reich von und ganz für ein System der Zusammenarbeit zwischen den interessierten Hauptmächten zu gewinnen, das dem Reich vollständig die Rechte und die Verantwortung eines souveränen Staates zuerkennen würde. Gerade von diesen Voraussetzungen her erhält die Entscheidung des Reiches eine besondere Tragweite, zumal mit Rücksicht auf den Zustand der Unsicherheit, den sie in allen Ländern herbeiföhrt.

Die italienische Regierung hat auch neuerdings noch viele Beweise ihres Willens zur internationalen Zusammenarbeit geliefert und beabsichtigt weiterhin einer solchen Einstellung treu zu bleiben, die dem Bedürfnis der Völkter und den Erfordernissen des europäischen Zusammenlebens entspricht; trotzdem fühlt sie sich zu der Erklärung verpflichtet, daß sie in etwaigen künftigen Beratungen derartige Sachlagen nicht einseitig als gegeben hinnehmen können, die aus einseitigen Entscheidungen hervorgehen, durch die Verpflichtungen internationalen Charakters aufgehoben werden.

### Englische Blätter zur französischen Note

London, 21. März. Die englische Abendpresse berichtet in großer Aufmerksamkeit und unter jetzigen Umständen



# Telegramm Lavals an den Völkerverbundsrat

Genf, 21. März. Das Völkerverbundsratssekretariat veröffentlicht das Telegramm der französischen Regierung an den Generalsekretär des Völkerverbundes. Es hat folgenden Wortlaut:

Durch ein Gesetz, dessen Inhalt am 16. März dem Völkerverbund Frankreichs, Englands, Italiens und Polens in Berlin mitgeteilt und das am gleichen Tage veröffentlicht worden ist, hat sich die Reichsregierung entschlossen, im Reich die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen und die deutsche Armee auf der Grundlage einer Heeresstärke von 12 Armeekorps und 36 Divisionen neu zu organisieren. Die deutschen Behörden haben außerdem einige Tage vorher die Schaffung einer deutschen Militärflotte öffentlich bekannt gemacht. In dem einen wie in dem anderen Fall hat die deutsche Regierung durch einen einseitigen Akt die vertraglichen Verpflichtungen bewußt verletzt, die in den Verträgen enthalten sind, die Deutschland unterzeichnet hat. Deutschland hat aber, als es in den Völkerverbund eintrat, dessen Mitglied es bis zum Erlöschen der Frist von zwei Jahren von seiner Erklärung vom 21. Oktober 1918 ab noch bleibt, durch die Brädel des Völkerverbundes die Verpflichtung auf sich genommen, peinlich alle Verpflichtungen aus Verträgen zu achten, die zwischen den organisierten Völkern abgeschlossen sind. Unter diesen Umständen und im Hinblick darauf, daß nach den Bestimmungen des Ablasses 2 des Artikels 11 jedes Mitglied des Völkerverbundes das Recht hat, die Aufmerksamkeit des Rates auf jede Tatsache zu richten, die geeignet erscheint, die internationalen Beziehungen zu berühren und die in der Folge den Frieden oder die guten Beziehungen unter den Nationen, von denen der Friede abhängt, bedroht, hat die Regierung der französischen Republik die Ehre, den Völkerverbundrat mit der Lage zu befragen, die durch die Haltung der deutschen Regierung entstanden ist. In Berücksichtigung des Ernstes der Lage, die durch den deutschen Schritt entstanden ist, habe ich die Ehre, Sie zu bitten, eine außerordentliche Tagung des Völkerverbundsrates einzuberufen zur Prüfung des hiermit vorliegenden Antrages.

gez. Pierre Laval

„Paris verurteilt.“ „Times“ überschreibt ihren außersächlichen Leitartikel „Ein guter und ein schlechter Beschluß“. Als den guten Beschluß bezeichnet das Blatt den bevorstehenden Pariser Beschluß, als den schlechten die französische Verurteilung an den Völkerverbund. Zu dem französischen Beschluß einer Berufung an den Völkerverbund übergehend, sagt „Times“, dieser Kurs scherne im vorliegenden Falle wenig Vorteile und einige offensichtbare Nachteile zu bieten. Es herrsche Einigkeit darüber, daß es ein allgemeines Ziel der europäischen Politik sei, Deutschland nach Genf zurückzubringen. Nichts aber sei besser geeignet, seine Rückkehr zu verhindern, als eine Anklage vor dem Völkerverbundrat. Ueberdies könne der Völkerverbundrat nichts weiter tun, als das zu erklären, was jedermann wisse, nämlich, daß Deutschland den Versailles Vertrag verlegt habe. Die wirklich weientliche Frage liege aber, ob Deutschland während der letzten 15 Jahre in gerechter und billiger Weise behandelt worden ist und ob der Vertrag selbst in allen Beziehungen fair war. Diese Frage könne von keinem Schiedsgericht der Welt beantwortet werden. Das einzige Ergebnis einer Anklage gegen Deutschland müsse sein, dem Völkerverbund in den deutschen Augen noch mehr das Aussehen einer deutschfeindlichen Vereinigung zu geben und eine Annäherung Deutschlands an den Völkerverbund zu erschweren. Der französische Beschluß sei daher tief bedauerlich.

„News Chronicle“ erklärt die französische Kritik an der britischen Note für vollkommen angebracht und sagt, die französische Berufung an den Völkerverbundrat sei auf innerpolitische Beweggründe zurückzuführen. Der Sache des Friedens werde durch solche juristischen Anträge nicht gedient.

Der diplomatische Berichterstatter der „Daily Herald“ schreibt: Der Beschluß der französischen Regierung sei nur geeignet, die internationale Lage noch verwickelter und schwieriger zu machen als vorher. Gegen die Verweigerung einer Streikfrage an den Völkerverbund sei grundsätzlich nichts einzuwenden, aber die Wirkung werde sehr wahrscheinlich sein, daß jede Aussicht auf eine sofortige Rückkehr Deutschlands nach Genf vereitelt wird. Es sei nur zu wahrscheinlich, daß auf einer Sitzung des Völkerverbundsrates Reden gehalten und Maßnahmen vorgeschlagen werden würden, die die Kluft zwischen Berlin und Genf erweitern und vertiefen müßten.

## England gegen die Befassung des Völkerverbundes mit der deutschen Aufrüstung

London, 21. März. Der Beschluß der französischen Regierung, den Völkerverbund mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland zu befragen, wird in England mehr oder weniger

## „Hitler hat recht“

Eine argentinische Stimme zur deutschen Aufrüstung

Buenos Aires, 21. März. „La Razon“, die bedeutendste Nachmittagszeitung von Buenos Aires, veröffentlicht unter der Überschrift „Deutschland rüht“ einen Artikel in dem es u. a. heißt: Hitler hat sich klar und bestimmt ausgesprochen. Deutschland zieht sich vom Versailles Vertrag zurück, weil die anderen Mächte ihr Versprechen, den europäischen Frieden zu sichern, vergessen haben. Hitler hat recht. Deutschlands Lage konnte seinen Tag länger so bleiben. Italien rüht auf, Frankreich rüht auf, England rüht auf, Rußland rüht auf. Die ganze Welt, mit Ausnahme von Deutschland, rüht auf. Hierzu bedarf keine Berechtigung. Entweder rüht alle auf oder keiner. Das ist es, was Hitler will. Nach den obersten Naturgesetzen und aus logischen Gesichtspunkten kann niemand die von Hitler dargelegten Vernunftgründe widerlegen. Deshalb muß man Deutschlands Recht anerkennen, trotz des „papistischen“ Frankreich des Herrn Herriot, trotz des militaristischen Italien des Herrn Mussolini, trotz des kommunistischen Rußland Stalins. Wenn Deutschland keine Aufrüstung erreicht, d. h. wenn man es aufrühen läßt, dann ist der europäische Friede gefährdet. Diese Behauptung wird durch die geographische Lage dieses Landes gestützt. Wenn Frankreich, Rußland, Italien und Belgien wirklich den Frieden wollen, müssen sie notwendigerweise zulassen, daß Deutschland aufrüstet.

## Dank des Führers

Berlin, 21. März. Dem Führer sind aus dem ganzen Reich und von Deutschen aus allen Ländern der Erde anlässlich der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht zahllose Kundgebungen zugegangen, in denen die Treue zu Gott und Vaterland und das Gemeinschaftsgefühl der Deutschen lebendigen Ausdruck findet. Da es dem Führer wegen der gewaltigen Zahl dieser Briefe und Telegramme nicht möglich ist, jedem der Einzelner persönlich zu antworten, legt er auf diesem Wege allen, die ihm ihre Gefolgschaft und ihre Freude bezeugen haben, herzlichsten Dank.

## 3,5 Milliarden Francs für die französische Luftfahrt

Paris, 21. März. Bei der Sitzung des Luftfahrtausschusses der Kammer am Mittwoch hat Luftfahrtminister General Denain angekündigt, daß er unverzüglich einen Gesetzesentwurf einbringen werde, der es ihm erlaube, die für das kommende Jahr vorgesehene Kredite für die Militär-Luftfahrt im Höhe von einer Milliarde Francs sofort zum Ausbau der französischen Luftstreitkräfte zu verwenden. Es sollen diese Kredite um eine halbe Milliarde erhöht werden, so daß der Luftfahrtminister zusammen mit den für 1935 bereitgestellten Krediten in Höhe von 2 Milliarden Francs über 3,5 Milliarden Francs verfügen würde.

## Der Außenhandel im Februar

57 Millionen Einfuhrüberschuß gegen 102 Millionen RM. im Vormonat

Die Ziffern des deutschen Außenhandels im Februar sind jenen des Jahres 1934 ähnlich. Sie zeigen, daß die deutsche Ausfuhr im Februar gegenüber dem Vormonat um 3 Millionen RM. auf 302 Millionen RM., d. h. um 1 Prozent gestiegen ist. Da die Durchschnittswerte etwas gesunken sind, ergibt sich mengenmäßig betrachtet, eine noch etwas stärkere Steigerung, an der sowohl Rohstoffe als auch Fertigwaren beteiligt sind. Die Entwicklung der Ausfuhr nach Abzahländern zeigt im allgemeinen keine großen Veränderungen. Hervorzuheben ist lediglich eine etwas stärkere Erhöhung der Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Einfuhr im Februar betrug insgesamt 350 Millionen RM. und ist damit gegenüber dem Vormonat um 45 Millionen RM., also rund 11 Prozent zurückgegangen. In diesem Rückgang, der durch jahreszeitliche Ursachen nicht zu erklären ist,

und mit Ausnahme von lebenden Tieren alle Hauptgruppen beteiligt. Der Rückgang der Gesamtimporte entfällt zum weitaus größten Teil auf europäische Länder.

Die Handelsbilanz des Monats Februar schließt somit mit einem Einzahlüberschuß von 57 Millionen RM. gegenüber einem solchen von 105 Millionen RM. im Januar ab. Diese Verringerung des Einfuhrüberschlusses ergibt sich vorwiegend aus dem Warenverkehr mit Europa. Hier hat vor allem der Einfuhrüberschuß im Warenverkehr mit Rußland, Spanien und Ungarn eine Verminderung erfahren. Ferner ist die Aktivität im Verkehr mit den Niederlanden wieder etwas gestiegen. Im übrigen ist der Einfuhrüberschuß im Verkehr mit den Vereinigten Staaten von Amerika, der im Vormonat etwas abgenommen hatte, im Februar nochmals durch einen kleinen Einfuhrüberschuß abgelöst worden. Bei der Beurteilung der handelsstatistischen Ergebnisse wird in den kommenden Monaten die Erweiterung des deutschen Wirtschaftsgebietes durch die Rückgliederung des Saargebietes zu berücksichtigen sein, die in den Februar-Ergebnissen nur in geringem Ausmaß zum Ausdruck kam.

## Neun Jahre unschuld im Zuchthaus

Thale, Harz, 21. März. Dieser Tage ist der 50 Jahre alte Karl Schmidt in seine Heimathalt Thale aus dem Zuchthaus wieder zurückgeführt, in dem er ungeschuldig neun Jahre gefesselt hat. Die ganze Stadt bereitet ihm einen überaus herzlichen Empfang und geleitet ihn zu seiner Wohnung, die mit Girlanden und Willkommenswünschen geschmückt war. Schmidt ist das Opfer eines Justizirrtums geworden, der inzwischen aufgeföhrt worden ist. In einer amtlichen Bekanntmachung ist der Freispruch des Schwarzerichts Halberstadt mitgeteilt worden, das Schmidt Ende Dezember 1924 wegen Tötungs, gemeinschaftlichen Jagdvergehens und erzwungenen unehrigen Waffenselbeses zu einer Zuchthausstrafe von zehn Jahren und einem Monat und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren verurteilt hatte. Gleichzeitig ist die Wiederaufnahme des Verfahrens zu seinen Gunsten veranlagt worden, damit seine Schuld und seine Ehre aller Welt verklärt werde. Schmidt war leiterzeit auf Grund falscher eidlicher Zeugenaussagen verurteilt worden. Der Jagdpächter Mellin war im Walde von Thale erschossen aufgefallen worden. Da man glaubte, daß die Tat von Wilderern begangen worden sei, wurden zwei Bewohner von Thale, Schmidt und Baumgarten, verhaftet, weil sie schon seit längerer Zeit im Verdacht der Wildbiederei standen. Sie vertriehen ihr Alibi nachzuweisen, so daß sie wieder freigelassen werden mußten. Da sie aber am nächsten Tage im Walde vermisst wurden, wurde ein Steckbrief erlassen, auf Grund dessen sie einen Monat später in Süddeutschland verhaftet wurden. Ein Fritz Welsch und sein Bruder aus Geensode erklärten vor Gericht, daß sie die beiden zur Zeit der Ermüdung Mellins im Walde gesehen hätten. Auf Grund dieser eidlichen Aussage wurde Schmidt zu der oben erwähnten Strafe verurteilt, während Baumgarten mit fünf Monaten Gefängnis davonkam. Der Meineid hat schwer auf dem Gewissen des Bruders Welsches gelastet. 1930 hat er sich erschossen. Die Frau Fritz Welsches, die schwer krank darniederliegt, hat vor kurzem den sie pflegenden Personen mitgeteilt, daß ihr Mann und ihr Schwager die Mörder Mellins gewesen seien. Fritz Welsch wurde daraufhin verhaftet, der auch sofort ein Geständnis ablegte. Daraufhin wurde die sofortige Entlassung Schmidts aus dem Zuchthaus, in dem er nun neun Jahre ungeschuldig gefesselt hatte, verfügt.

## Entlassung des bayerischen Staatsministers Ester

Berlin, 21. März. Auf Vorschlag des Reichshauptkassierers in Bayern hat der Führer und Reichskanzler den bayerischen Staatsminister für Wirtschaft, Hermann Ester, aus seinem Amt entlassen. Das Ausscheiden Esters aus dem Amt erfolgt im nächsten Zuge der Durchführung der Reichsreform und der damit in Zusammenhang stehenden Umstellung der bayerischen Verwaltung.

der Beherrschung der französischen und italienischen Protesten in Berlin und von den „abstimmenden deutschen Kabinetts“ auf die beiden Noten. Die französische Note wird allgemein als klar und unverblümt bezeichnet. Die Zeitungen bringen Ueberschriften wie „Zurückweisung Frankreichs und Italiens durch Deutschland“ oder „Deutschland lehnt zwei Proteste ab“.

In einem Leitartikel erklärt „Evening Standard“, die Lage sei durch die geistige Rede des französischen Ministerpräsidenten Flandin sehr verwickelter worden. Wenn Flandin den Charakter eines Clemenceau oder Poincaré hätte, dann würde Europa kürzlichen Tagen entgegengehen. Es sei jedoch anzunehmen, daß die kriegerischen Neigungen Flandins nicht in die Tat umgesetzt würden.

Der liberale „Star“ sagt: „Frankreich und seine Verbündeten müssen einsehen, daß England niemals der Ansicht war, Deutschland müsse als ein Paria unter den Nationen behandelt werden, den man unter allen Umständen niederhalten müsse. Dies sei nicht die Ansicht Englands, denn man könne Deutschland nicht mit Gewalt niederdrücken.“

## Die Protestnoten aus Paris und Rom im Spiegel der Berliner Presse

Berlin, 22. März. Die französische und die italienische Protestnote werden, großenteils auch in Verbindung mit der Rede des Ministerpräsidenten Flandin im Senat, von den Berliner Tagesblättern eingehend besprochen.

Im „Völkischen Beobachter“ heißt es, in der Senatssitzung des Ministerpräsidenten Flandin komme die französische, noch ganz im Versailles Geist wurzelnde Denkweise am deutlichsten zum Ausdruck. Seine Darstellung der französischen Politik in den letzten 15 Jahren sei derartig einseitig, daß jeder vernünftige Mensch der Welt sofort die falsche Argumentation der Pariser Politik auf den ersten Blick erkennen würde. Der Protestschritt der französischen Regierung in Berlin weise eine offensichtliche Wehnlichkeit mit der Note Barthous vom 17. April 1934 auf, die endgültig eine Lösung der Abrüstungsfrage durch Vereinbarung zwischen den Hauptmächten unmöglich gemacht habe. Alle Vorschläge, die von französischer Seite ausgingen, verfolgten immer den gleichen Zweck, in der Praxis die Deutschland im Dezember 1932 zugesandene Gleichberechtigung zu hinterstreichen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ stellt einen wichtigen Unterschied zwischen der französischen und der italienischen Protestnote fest. Die italienische Note bringe immerhin den Grundgedanken der vollen deutschen Souveränität zum Ausdruck und bestätige das deutsche Recht auf Gleichberechtigung, während Frankreich sich auf das Sicherheitsproblem verleihe, um dieses deutsche Recht abzustreifen. Ein weiterer Unterschied der beiden Noten liege im Ton. Es erübrige sich, im einzelnen die historische Darstellung richtig zu stellen, die Frankreich sich für das Scheitern der Abrüstungsverhandlungen und die dann folgende zwangsgläufige Entwicklung zurecht gelegt habe. Der Aufruf Adolfs Hitlers habe diese alten Legenden zerstört. Der „Vertrag“ sei einseitig gebrochen, weil nicht abgerüstet wurde. Hierdurch sei die „Sicherheit für alle“ illusorisch geworden. Das sei der klare Sachverhalt, und der historische Ablauf brauche im einzelnen nicht wiederholt zu werden, denn gegen jeden Satz der französischen Note ließe sich un schwer eine Gegenbeobachtung aufstellen.

In der „Berliner Börsenzeitung“ werden die beiden Noten ein bedauerliches Zeichen dafür genannt, wie wenig Tatsachensinn, wie wenig Bescheidenheit gerade bei denen zu finden sei, die nach ihren Worten ganz Europa umarmen und einem neuen Weltfrieden entgegenzürhen möchten.

## Unterhaus-Aussprache zur Berliner Reise

London, 21. März. Vor gut besetzten Sälen begann am Donnerstag nachmittag im englischen Unterhaus die von der Opposition verlangte Aussprache über die bevorstehenden Flandin-Besuche. Simon und Eden. Als erster sprach der Führer der oppositionellen Arbeiterpartei, Lansbury. Er sagte u. a.: Die Nachrichten über die Ereignisse in Deutschland hätten in England eine solche teilsische Erschütterung verursacht, daß sie nur mit den Geschehnissen im August 1914 verglichen werden könnten, Jede Regierung sage, daß sie nicht für den Krieg, sondern für den Frieden rühte, und das auch nur deshalb, weil die anderen Nationen rühten. Jede Regierung schiebe die Schuld auf jemand anders. Deutschland mache den Versailles Vertrag verantwortlich. Von den Franzosen werde etwas anderes beanhandelt, und die Sowjetregierung verteidige ihre Klüftungen, da sie einen Angriff im Fernen Osten oder an der baltischen Küste befürchte. Die Dinge seien heute so weit geühen, daß Deutschland nicht nur die Gleichheit des Status in der Gemeinschaft der Nationen verlange, sondern auch das Recht, einen Vertrag zu zerreißen, und eine Rüstungspolitik zu verfolgen, die unvermeidlich zu einem Rüstungswettrennen und schließlich zu einem Kriege führen werde. Es sei daher Englands zwingende Pflicht, einen entscheidenden Schritt zur Rettung der Zivilisation zu tun. Die Arbeiterpartei sei der Auffassung, daß der Aufruf, den der Außenminister für seine Berliner Reise erhalte, völlig neu gehalten werden müsse. England als größte imperialistische Macht der Welt müsse in der Abrüstungsfrage die Führung übernehmen und sich bereit erklären, den Weltkrieg auf dem Altar der Abrüstungsförderung zu opfern. Nach dieser führen Forderung verlangte der greise Oppositionsführer die Internationalisierung aller Verflechtungslinien der Welt. Die Arbeiterpartei sei der Ansicht, daß Außenminister Simon bei seinen Verhandlungen in Berlin sich nicht mit der deutschen Aufrüstung einverstanden erklären, sondern nur zum Ausdruck bringen solle, daß die englische Volk- und Friedenseopolitik sich nicht auf die Aufrüstung, sondern auf die Abrüstung gründe.

Für die liberale Opposition sprach Sir Herbert Samuel. Er verteidigt den Standpunkt, daß nichts geschehen dürfe, was Simon bei seinen höchst schwierigen Verhandlungen in Bescheidenheit bringen könne. Samuel schloß sich in der Frage der Wiederaufrüstung Deutschlands den Ausführungen Lansburys an. Das Gefühl der Besorgnis und des Argers in England und anderen Ländern hierüber sei allgemein. Es sei nur natürlich, wenn der Wunsch geäußert werde, zu protestieren und anzulegen. Es sei aber notwendig zu überlegen, ob hiermit ein nützliches Ergebnis erzielt werden könnte. Die juristische Auflösung der Franzosen sei an sich nicht, aber die Ereignisse der letzten 16 Jahre, die beispielsweise die Nichtabrüstung der alliierten Mächte, hätten die Aktion unterhöhlt. Andererseits sollte Deutschland über die Haltung Großbritanniens nicht im Zweifel gelassen werden. Simon könne sich rückhaltlos auf die geschlossene nationale Meinung des Landes stützen. (Beifall.)





# Frühjahrs- und Sommer-Kleiderstoffe in Wolle, Baumwolle und Seide

in großem Sortiment, billigst bei **Reinhold Hayer.**

**Altensteig-Stadt**

Die am 1. April 1935 hier wohnhaften Männer im Alter vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 50. Lebensjahre, welche der Freiwilligen Feuerwehr noch nicht angehören und nicht durch Krankheit oder Gebrechlichkeit oder durch öffentliche Berufspflicht am Feuerwehrdienst gehindert sind, können, wenn sie Mitglied der Feuerwehr werden wollen, ihren

**Eintritt in die Freiwillige Feuerwehr**

in der Zeit vom Montag, den 25. März bis Mittwoch, den 27. März 1935 je abends 6-7 Uhr beim Stadtbauamt anmelden.

Diejenigen, welche vom April 1935 an in der Freiwilligen Feuerwehr keinen Dienst leisten, werden zu einer, auf 1. April für das ganze Rechnungsjahr 1935 fälligen

**Feuerwehrrabgabe**

herangezogen. Von der Abgabe befreit sind Kranke und Gebrechliche, wenn sie ihre Unfähigkeit zur Feuerwehrdienstleistung durch ärztliches Zeugnis nachweisen und durch öffentliche Berufspflicht Verhinderte.

Bürgermeisteramt.

**Gewerbeschule Altensteig.**

Die zeichnerischen und schriftlichen Schülerarbeiten sind am **Sonntag, 24. März, 11-17 Uhr** zur allgemeinen Besichtigung und Einsichtnahme aufgelegt.

Der Schulleiter.

**Garten-Sämereien**

Gemüse- und Blumensamen, Bohnen, Angersen, Steckzwiebeln

Marke Stern, seit 40 Jahren hier eingeführt empfiehlt

Karl Henßler senior, Eisenhandlg. b. Postamt

**Zur Konfirmation empfehle:**

Gemüse-, Obst- und Fisch-Conserven in Dosen  
 Preiselbeeren und verschiedene Confitüren, off/n  
 Essig-Gurken off/n 1/2 Pfd. 25 ¢ in 1/2, 1, 2, 4 Literdosen  
 Gewürz-Gurken 1 St. 5 ¢, 1 Literdose 1. —  
 Flaschenweine rot und weiß in Liter-Flaschen  
 à 75, 90, 1. —, 1.10, 1.20, 1.50, Flaschenplan 15 ¢  
 Orangen, blonde, süße, blau, doppelblau  
 1 Pfd. 25, 30, 35, 40 ¢  
 3 Pfd. 70, 85, 1. —, 1.10  
 Backäpfel 1 Pfd. 30 ¢, In- u. Ausland. 1 Pfd. 35, 60 ¢  
 Citronen, gelbe 1 St. 5, 6, 8, 10 ¢. Bananen 1 Pfd. 60 ¢

Neuheiten für Geschenkzwecke in **Glas, Porzellan und Steingut**

bei **Chr. Burghard jr.**

Altensteig, den 21. März 1935.

**Danksagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Liebe während der langen Krankheit und beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes

**Friedrich Volz**

sagen wir allen herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

**Einladung**

zu dem morgen Samstag, 23. März 1935, abends 8 Uhr im Saal des Gasthofs zum „Grünen Baum“ stattfindenden

**Kameradschafts-Abend**

des Sturmes 33/R 180 in Altensteig unter Mitwirkung der PO-Kapelle und Angehörigen des Sturmes.

Programme berechnen zum Eintritt.

**ATA** hält was es verspricht.

Ohne **ATA** geht es nicht!

**ATA** putzt und reinigt alles.

**Beuren.**

**Todes-Anzeige.**

Dem Allmächtigen Gott hat es gefallen, unsere liebe, treubesorgte Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

**Anna Barbara Blach**

geb. Seeger

am Mittwoch abend nach kurzer Krankheit im Alter von 76 Jahren zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
**Familie Andreas Blach.**

Beerdigung Samstag nachmittag 1 Uhr.

**Meistern.**

**Todes-Anzeige.**

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unsere liebe Mutter, Schwester, Schwiegermutter und Großmutter

**Katharine Roller**

im Alter von 75 Jahren nach kurzer Krankheit entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bittet

**Familie Roller.**

Beerdigung Sonntag mittag 1/2 Uhr.

**Schwarzwald-Berein Ortsgr. Altensteig.**

**Nachmittags-Wanderung**

über den Ropf nach Eshausen. Abmarsch um 1 Uhr beim „Anker“. Die Mitglieder sind mit ihren Angehörigen freundlichst eingeladen.

Zur Konfirmation empfehle gutgepflegte

**Weine**

in bekannter Qualität

M. Schulerle, Altensteig

Morgen Samstag von 9 Uhr ab wird auf der Freibank

**Schweinefleisch**

ausgehauen, das Pfund zu 60 Pfennig.

**Konfirmations-Glückwunschkarten**

empfeilt die

**Buchhandlung Lauk**

Altensteig.

Suche jüngeren

**Anecht**

für Landwirtschaft, derselbe muß in Pferde- und Viehpflege bewandert sein.

Dürer zum „Stroh“, Wart Telefon Eshausen 160.

**Für Wanderer:**

Wanderkarten  
 Reiseführer  
 Straßenkarten  
 Stocknägel  
 Mundharmonikas  
 Liederbücher

des Schwarzwaldvereins u. a. empfiehlt die

**Buchhandlung Lauk**

Habe 8 Str. gut gereinigten

**Saathaber**

zu verkaufen

Friedrich Bolz, Martinsmoos.

**Schall-Platten**

in großer Auswahl in der

**Buchhandlung Lauk, Altensteig.**

Weinstein's warme Wannenbäder machen froh, drum lobt's auch jeder!

**Vor einer Stunde**

war es noch ein alter, abgetretener Holzboden, jetzt glänzt und spiegelt er, hat eine wundervolle Farbe und ist so schön wie Parkett. — Wie ich das gemacht habe! Ich habe ihn einfach mit **KINESSA-Holz Balsam** gewachst; dieser gibt dem Boden Anstrich, Glanz und Nahrung in einem Arbeitsgang. Die Behandlung ist so einfach und billig. Auch meine Holzmöbel, Stein- und Terrazzo-Böden pflege ich mit dem farblosen

**KINESSA HOLZBALSAM**

Schwarzwald-Drogerie Fr. Schlumberger

**Kaiser's Brust-Caramellen**

mit den 3 Tannen

werden von Sportlern, Turnern und Wandern leidenschaftlich begehrt. Sie bieten Hals u. Rachen Schutz und stärken den Körper. Seit 45 Jahren bewährt.

PREIS: 35.40 U. 75 Pfg.

Zu haben bei: Apotheke Th. Schiller; Löwen-Drogerie Ost. Hiller; Schwarzwald-Drogerie Fritz Schlumberger; Christ. Burghard jr.; Lorenz Luz jr. Inh. E. Beck; J. Warster Nachf. Fr. Eckhard. Egenhausen: Chr. Beilharz Kaltenbach Nachf.; Alfred Kuchler. **Platzgrafenerweller**: Friedr. Jung; Apotheke Carl Rettich; Gottfried Schillinger; Waldorf: Georg Volz und wo Plakate sichtbar.

**Sommer-sprossen**

dem Venus...  
 Löwen-Drogerie Hiller.

**Neue Frühjahrs-Mäntel** in reicher Auswahl und preiswert

bei **Reinhold Hayer**

imprägn. Seidenmäntel, Lederolmäntel  
 Lodenmäntel, Kostüme, Röcke, Blusen  
 seidene PrinzeBröcke, Schlüpfen, Hemden  
 Neue Bleyle-Kleider

